



CANADA ISSN 1182-3100
 Newspaper serving the
 German Speaking Communities
 Journal de la communauté
 germanophone
DAS ECHO
 PO BOX 27,
 Pointe-Claire, QC
 H9R 4N5 (Canada)

Das Echo

von Küste zu Küste



Nr. 101/351 33. Jahrgang **LARGEST NATIONWIDE GERMAN LANGUAGE NEWSPAPER IN CANADA & USA** **September 2011**

Wulff schaltet sich in Euro-Debatte ein

Bundespräsident Christian Wulff hat die Europäische Zentralbank in Frankfurt wegen des Ankaufs von Staatsanleihen kritisiert. Die obersten Währungshüter gingen über ihr Mandat hinaus, sagte Wulff bei einer Rede auf einer Konferenz von Wirtschaftsnobelpreisträgern in Lindau am Bodensee. „Dies kann auf Dauer nicht gutgehen und kann allenfalls übergangsweise toleriert werden. Auch die Währungshüter müssen schnell zu den vereinbarten Grundsätzen zurückkehren.“

Er halte den massiven Kauf von Anleihen einzelner Staaten durch die EZB für „politisch und rechtlich bedenklich“, erklärte Wulff weiter. Der Artikel 123 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union verbiete der EZB den unmittelbaren Erwerb von Schuldtiteln, um die Unabhängigkeit der Notenbank zu sichern. „Dieses Verbot ergibt nur dann Sinn, wenn die Verantwortlichen es nicht durch umfangreiche Aufkäufe am Sekundärmarkt umgehen.“

Die EZB hat bislang für rund 110 Milliarden Euro Anleihen von Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Italien gekauft. Das im Mai 2010 gestartete und unlängst wiederbelebte Programm ist höchst umstritten. Kritik kommt vor allem aus Deutschland und insbesondere von der Bundesbank. Deren Ex-Chef Axel Weber hatte sich schon zu Beginn offen gegen den Rest des EZB-Rats gestellt. Sein Nachfolger Jens Weidmann folgt dieser Linie.

Bundespräsident fordert Regierungen zu unpopulären Entscheidungen auf
 Kritik übte Wulff auch an den europäischen Regierungen. In der Banken- und Schuldenkrise ließen sie sich von den globalen Finanzmärkten treiben,



Der deutsche Bundespräsident Christian Wulff hat sich mit ungewöhnlich scharfer Kritik in die Debatte über die Euro-Krise eingeschaltet.

anstatt „klare Leitplanken“ zu setzen. „Immer öfter treffen sie eilig weitreichende Entscheidungen kurz vor Börsenöffnung, anstatt den Gang der Dinge längerfristig zu bestimmen. Dies trifft unsere Demokratien in ihrem Kern“, kritisierte Wulff. Die Politik müsse sich davon lösen, hektisch auf jeden Kursrutsch an den Börsen zu reagieren. „Sie darf sich nicht abhängig fühlen und sich am Nasenring durch die Manege führen lassen, von Banken, von Ratingagenturen oder sprunghaften Medien“, sagte Wulff und forderte langfristig orientierte, „wenn nötig, auch unpopuläre Entscheidungen“.

„Versündigung an der jüngeren Generation“

Solidarität sei ein wesentlicher Teil der europäischen Idee. „Es ist allerdings ein Missverständnis, Solidarität allein an der Bereitschaft zu bemessen, andere finanziell zu unterstützen, für sie zu bürgen oder gar mit ihnen gemeinsam Schulden zu machen“, sagte Wulff. Auch der Bürge könne sich „un-

moralisch verhalten, wenn er die Insolvenz nur hinauszögert.“ Wer heute die Folgen geplatzter Spekulationsblasen allein mit Geld und Garantien zu mildern versuche, verschiebe die Lasten zur jungen Generation und erschwert ihr die Zukunft. „All diejenigen, die das propagieren, machen sich im Kern ‚einen schlanken Fuß‘ und handeln nach dem Motto: ‚Nach mir die Sintflut‘“, kritisierte das Staatsoberhaupt. Die „Versündigung an der jüngeren Generation“ müsse ein Ende haben.

Die massive Kritik Wulffs gilt als ungewöhnlich - der Bundespräsident hatte sich bisher mit Äußerungen zur Tagespolitik eher zurückgehalten.

Man wird über andere Wege nachdenken müssen

Wulffs Worte könnten den Kritikern in den Regierungsfractionen Auftrieb geben, die im September im Bundestag ein neues Euro-Rettungspaket absegnen sollen. Die Abgeordneten der Union hatten sich am 24. August auf einer Sondersitzung ihrer Fraktion von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) informieren lassen. Die Fraktionsspitze zeigte sich anschließend zuversichtlich, dass es eine eigene Mehrheit von Union und FDP bei der Abstimmung über die Ausweitung des Euro-Rettungsschirms geben werde.

Der CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach bekräftigte indes in mehreren Interviews, dass er bei seiner Ablehnung der Regierungspläne bleibe. Der Unionsabgeordnete Manfred Kolbe (CDU), der ebenfalls zu den Kritikern gehört, sagte der „Leipziger Volkszeitung“, Merkel müsse um ihre Mehrheit „zittern“.

Die Bundesregierung sprach sich unterdessen für Nachverhandlungen auf europäischer Ebene über den finnischen Wunsch nach Sicherheiten für seine Griechenland-Hilfen aus. „Man wird über andere Wege nachdenken müssen, die finnischen Sorgen aufzunehmen“, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert. Finnland will von Athen Sicherheiten für seine

Beteiligung am zweiten Rettungspaket. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hatte daraufhin auch für Deutschland Sicherheiten wie Goldreserven oder Industriebeteiligungen gefordert.

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier sprach mit Blick auf die Regierungskoalition von einem „Bild des Chaos“. Er verwies unter anderem auf „unausgelegene Vorschläge“ von der Leyens und die Kritik des Bundespräsidenten.

Bei EZB herrscht Empörung

Offiziell schweigt auch EZB-Präsident Jean-Claude Trichet, der auf gepackten Koffern sitzt; er will zum Notenbank-Treffen im amerikanischen Jackson Hole. Aber aus seiner Umgebung sind deutliche Widerworte zu hören. Die Kritik von Wulff sei wenig hilfreich, sogar das Wort „Unsinn“ fällt. Jedenfalls kontert die Notenbank mit einem anderen Paragraphen, der aus der Satzung des europäischen Systems der Zentralbanken stammt. In Artikel 18 heißt es, die EZB und die nationalen Zentralbanken können börsengängige Wertpapiere kaufen und verkaufen, um ihre Ziele zu erreichen und ihre Aufgaben zu erfüllen.

Trichet und die EZB wollen die gekauften Staatsanleihen nicht als einen Beitrag zur Finanzierung einzelner Regierungen verstanden wissen. Vielmehr würden solche Käufe nur dann stattfinden, wenn manche Marktsegmente nicht mehr funktionierten. *dal*

LESENSWICHTIG: „Das Echo“
 ist nur im Jahresabo zu beziehen. Nach Bestellung flattert die Zeitung buchstäblich in Ihren Briefkasten hinein...



Verschenken oder vermitteln Sie ein Abo! Auf Seite 29 finden Sie den Bestellschein!

Helfen Sie uns die Zeitung Ihrem Bekanntenkreis vorzustellen! Auf Wunsch senden wir Ihren Freunden und Verwandten ein PROBE-EXEMPLAR – unverbindlich und kostenfrei! Wir laden Sie herzlich ein, ein Abonnement zu zeichnen und damit auch den Fortbestand der Zeitung zu unterstützen.

INHALT	
Impressum	02
Politik	03-07
Wirtschaft	08-11
Panorama	12-26
Bücherecke/Lieder	27
Küche/Rätsel	28
Heiteres	29
Horoskop / Forum	30-31
Gesundheit	32
Echo der Frau	33
Unterhaltung	34-35
Wunder des Lebens	36-37
Verschiedenes	38
Zu guter Letzt	39-40

radio Paloma
 100% DEUTSCHER SCHLAGER
 www.RadioPaloma.de

PORSCHE
 Autohändler Mark Motors
 Ottawa

HAGEN

www.radio-heimatmelodie.de
 RUND UM DIE UHR
 Volksmusik & Schlager